



Eingang: 10.12.2009, 10.10 Uhr

NR 1678

Frankfurt, den 9. Dezember 2009

Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion im Römer gemäß § 17 (3) GOS

Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Resolution beschließen:

Als eine international geprägte Kommune, die mit Überzeugung rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt und sich für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung engagiert, sieht Frankfurt die Verpflichtung, sich weltweit für den Schutz der Menschenrechte zu engagieren und nicht wegzusehen, wenn staatliche Übergriffe die Menschenwürde beeinträchtigen. In diesem Sinne hat sich Frankfurt immer wieder für die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt, insbesondere im Rahmen der Initiative „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“, an der sich mehrere hundert Großstädte aus allen Kontinenten beteiligen.

Die Todesstrafe ist ein barbarischer, die Menschenwürde missachtender Akt staatlicher Gewalt. Sie wird dann zum Mord, wenn die Schuldfrage nicht eindeutig geklärt ist, wie dies im Fall von Mumia Abu-Jamal der Fall ist. Der schwarze Journalist und Bürgerrechtler sitzt seit über 27 Jahren in der Todeszelle in den Vereinigten Staaten, weil er angeblich einen weißen Polizisten erschossen haben soll. Abu-Jamal beteuert seither seine Unschuld, und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch haben eklatante Verfahrensmängel im damaligen Gerichtsprozess aufgedeckt, die offensichtlich auf rassistische Hintergründe zurückzuführen sind.

Wir schließen uns daher der weltweiten Solidaritätskampagne an und fordern ein neues, faires Gerichtsverfahren gegen Mumia Abu-Jamal. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zurecht stolz auf die älteste demokratische Verfassung der Welt mit der Garantie gleicher Rechte für alle. Diese Vorbildfunktion verpflichtet aber zu einer äußerst sorgfältigen und humanen Würdigung in jedem einzelnen Fall.

Darüber hinaus fordert die Stadt Frankfurt am Main selbstverständlich weiterhin eine vollständige weltweite Abschaffung der Todesstrafe.

SPD-Fraktion im Römer

Klaus Oesterling
Fraktionsvorsitzender

Ä - Obm Dr. h. c. Petra Roth